

Haushalt 2026: Mehrkosten für Mieter – Alternativen bleiben liegen

Die Linke Groß-Umstadt kritisiert die Positionen von CDU, BVG und Grünen in der Debatte um den städtischen Haushalt 2026. In der Stadtverordnetenversammlung kam es zu einer Pattsituation, sodass der Haushalt abgelehnt wurde. Inhaltlich verfolgen diese jedoch eine Linie, bei der die finanzielle Last vor allem über die Grundsteuer B und damit über steigende Wohnkosten getragen werden soll.

Der von der Verwaltung eingebrachte Haushaltsentwurf für 2026 sah eine deutliche Erhöhung der Grundsteuer B vor. Gleichzeitig findet sich im Haushalt 2026 keinerlei Ansatz zur Einführung einer Grundsteuer C, obwohl seit 2023 ein einstimmiger Prüfauftrag der Stadtverordnetenversammlung hierzu vorliegt.

Die Grünen erklärten, sie folgten dem Vorschlag von CDU und BVG, um die Leistungsfähigkeit der Stadt zu sichern, etwa für Straßensanierungen oder die Kinderbetreuung. Für Die Linke greift diese Argumentation zu kurz, weil sie die Frage ausblendet, wer diese Leistungsfähigkeit finanziert und welche Alternativen zur Entlastung von Mieterinnen und Mietern genutzt werden könnten.

Damit bleiben land- und forstwirtschaftliche Flächen ebenso wie baureife, aber unbebaute Grundstücke weiterhin von zusätzlichen Beiträgen ausgenommen, während Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnraum sowie Mieterinnen und Mieter die Hauptlast tragen sollen.

Das ist Politik zugunsten von Grundbesitz, nicht für die Mehrheit der Bevölkerung“, erklärt Die Linke Groß-Umstadt.

Bereits 2023 wurde im Haupt- und Finanzausschuss einstimmig beschlossen, die Einführung einer Grundsteuer C zu prüfen, um Bodenspekulation einzudämmen, Innenentwicklung zu stärken und Wohnungsbau zu fördern. Zwei Jahre später fehlt jede Umsetzung in der Haushaltsplanung 2026 – weder als Hebesatz noch als Einnahmeansatz.

Nachdem die Stadtverordnetenversammlung den Haushalt 2026 abgelehnt hat, hat der Bürgermeister Widerspruch gegen diesen Beschluss eingelegt. Der Haushalt muss nun erneut beraten werden. Für Die Linke ist dies der richtige Zeitpunkt, die Frage der gerechten Lastenverteilung neu zu stellen.

„Wenn der Haushalt neu verhandelt wird, darf es nicht wieder nur um die Frage gehen, wie stark Mieterinnen und Mieter belastet werden. Es muss endlich darüber gesprochen werden, warum Spekulation mit Bauland weiterhin nicht in die

Verantwortung genommen wird und der beschlossene Prüfaufträge zur Grundsteuer C folgenlos geblieben ist“, so Die Linke Groß-Umstadt abschließend.

Die Linke Groß-Umstadt fordert:

- eine Entlastung von Mieterinnen und Mietern,
- die Umsetzung des bestehenden Prüfauftrags zur Grundsteuer C,
- sowie eine sozial gerechte Verteilung der Haushaltslasten.